

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.11.2023
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Weiterentwicklung der Jugendarbeit - Erhöhung von Fördersätzen im Rahmen des Kinder - und Jugendförderplans der Stadt Meerbusch 2022 - 2025 und von Teilnehmerbeiträgen für die Stadtrandherholung Vorlage: FB21/1797/2023	5
3 Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans - in der Sitzung wird berichtet	6
4 "Jugend entscheidet" - aktueller Stand Vorlage: FB21/0701/2023	6
5 Interessenbekundungsverfahren zur Trägerschaft des Betriebs der Kita an der Fröbelstraße Vorlage: FB21/1798/2023	7
6 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich Vorlage: FB21/1800/2023	8
7 Haushaltsberatung 2024	9
8 Anträge	15
9 Anfragen	15
10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	16
11 Termin der nächsten Sitzung: 05. März 2024, 17:00 Uhr	16
12 Verschiedenes	16

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied Vertretung für Herrn Ralph Jörgens

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christoph Weigele Ratsmitglied Vertretung für Frau Monika Driesel

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Frau Michaela Danker Stadtjugendring

Herr Tobias Liersch Jugendamtselternbeirat

Herr Marc Möhr Integrationsrat

Frau Pia Schillings Katholische Kirchengemeinden

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker Dezernent

Frau Stefanie Fandel Bereichsleiterin Fachbereich 21

Frau Diana Päßgen

Frau Susanne Rieth Fachbereich 21

Herr Jochen Tscheschlog

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

Frau Lisanne Wilms Fachbereich 2

Personen, die von Wohlfahrts- od. Jugendverbänden od. gleichgestellten Organisationen vorgeschlagen sind

Frau Ilona Appel Ratsmitglied

Frau Friederike Böcker-Lehmhaus Sachkundige Bürgerin

Herr Christian Bößen Sachkundiger Bürger

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Schriftführer

Herr Thomas Gnaß

es fehlen:

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Monika Driesel

Ratsmitglied

Vertretung für Frau Annette Wilhelmus

Frau Annette Wilhelmus

Sachkundige Bürgerin

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Frau Didem Durak

Jugendamtselternbeirat

Herr Stephan Engel

Polizeibehörde

Frau Martina Ketzler

Evangelische Kirchengemeinde

Frau Carolin Kroll-Schlüter

Amtsgericht Neuss Familiengericht

Herr Philipp Scharner

Agentur für Arbeit Mönchengladbach

Herr Wolfgang Witsch

Bezirksreg. Düsseldorf, Dez. 47 - Schule

Personen, die von Wohlfahrts- od. Jugendverbänden od. gleichgestellten Organisationen vorgeschlagen sind

Herr Hans Günter Focken

Ratsmitglied

Frau Angelika Schumann

Tagesmütter e.V.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die frist- und formgerechte Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Die Fragestellerin berichtet, dass ihr Kind eine städtische Kita besuche. Der Kitaplatz habe einen Stundenumfang von 45 Stunde pro Woche. Aufgrund der Personalsituation sei es vermehrt so, dass viel Notbetreuung stattfinde, ihr Kind an einem Tag der Woche nicht durch die Kita betreut werde und daher die Stadt nicht der vertraglich vereinbarten Betreuung von 45 Stunden pro Woche nachkomme. Sie wolle daher wissen, inwieweit die Stadt auf die Eltern bei der Thematik auf die Eltern zukäme. Zudem erkundigt sich die Fragestellerin nach der personellen Perspektive in den Kitas und insbesondere danach, welche konkreten Ideen vorhanden seien, Personal zu akquirieren. Die Ausschreibung der Stadt Krefeld sei ihrer Ansicht nach einen Blick wert, da dort auch mit Zulagen geworben werden. Zudem sollte erwogen werden, Wohnraum zu bezuschussen oder einen Beitrag zum Fitnessstudio zu zahlen.

Dezernent Annacker führt aus, dass Ausfallzeiten während der Corona-Pandemie eine planbare Größe gewesen seien und dass es äußerst schwierig sei, auf den spontanen Ausfall mehrerer Mitarbeiter kurzfristig reagieren zu können. Eine Regelung die vorsehe, eine Kita-Gruppe für 1 Tag pro Woche zu schließen sei jedoch nicht vorgesehen.

Bezüglich der Personalakquise konkurriere Meerbusch um die gleichen Fachkräfte, wie die Kommunen in der Umgebung. In Sachen Bezahlung und Zulagen sei das Tarifrecht maßgeblich; hier wäre daher eventuell ein deutlicherer Hinweis auf tarifrechtliche Zulagen möglich. Eine weitere Konkurrenz ergäbe sich aus dem kommenden Rechtsanspruch im Rahmen des offenen Ganztags, da hier die gleichen Fachkräfte angesprochen seien. Zudem sei der Bereich notorisch unterfinanziert und es gebe nicht genug Menschen, die in dem Bereich arbeiten wollen. Konkret biete die Stadt Meerbusch daher bereits den Erziehern in Ausbildung einen Arbeitsvertrag im Anschluss an die Ausbildung an, verfüge über entsprechende Ausschreibungen auch auf der Internetseite und sei sowohl bei Messen als auch in social media präsent.

Vorsitzende Schoppe dankt der Fragestellerin und versichert ebenfalls, dass alle an der Thematik Beteiligten an der Verbesserung der Betreuungssituation arbeiteten

2 Weiterentwicklung der Jugendarbeit - Erhöhung von Fördersätzen im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans der Stadt Meerbusch 2022 - 2025 und von Teilnehmerbeiträgen für die Stadtrandherholung
Vorlage: FB21/1797/2023

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt,

1. die Förderung von Jugendpflegefahrten nach den Förderrichtlinien des Kinder- und Jugendförderplans der Stadt Meerbusch 2022 – 2025 von anerkannten Trägern freier Jugendhilfe, Jugendverbänden, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannte Jugendabteilungen von Sportverbänden oder Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die für Kinder und Jugendliche der Stadt Meerbusch Jugendpflegefahrten durchführen, von bisher 6,00 € pro Tag und Teilnehmer um 7,5 % auf 6,45 € und bei Vorliegen besonderer Verhältnisse von bisher 8,00 € ebenfalls um 7,5 % auf 8,60 € pro Tag und Teilnehmer (Sonderförderung) ab 01.01.2024 anzuheben.
2. den in den Förderrichtlinien des Kinder- und Jugendförderplans 2022 – 2025 festgelegten Höchstbetrag für die 85-prozentige Förderung einer Einrichtungsleitung der Jugendeinrichtung „Arche Noah“ von bisher 41.500 € um 10 % auf 45.650,00 € ab 2024 zu erhöhen.
3. den Teilnehmerbeitrag für die Stadtrandherholung 2024ff. von 140 € auf 155 € / ermäßigt von 75 € auf 82 € anzuheben.

Hinweis: Die Beschlüsse zu 1. und 2. bewirken eine Verbesserung in der Förderung und widersprechen somit nicht der angestrebten Planungssicherheit für die Laufzeit des Kinder- und Jugendförderplanes der Stadt Meerbusch 2022 - 2025.

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ			1
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	3		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		1
Gesamt	13		2

Vorsitzende Schoppe führt in die Beratung ein übergibt an Fachbereichsleiterin Fandel. Fachbereichsleiterin Fandel trägt die Gründe für die Beitragserhöhungen vor und verweist insbesondere auf die allgemeine Teuerungsrate.

Ratsherr Fliege erklärt sein Einverständnis zu den Punkten 1 und 2 der Beschlussvorlage und fragt nach, warum unter Punkt 3 eine zehnpromtente Erhöhung stattfindet und nicht, wie im Bereich Schule, eine Erhöhung um lediglich 7,5 %.

Dezernent Annacker führt hierzu aus, dass bereits die Personalkostensteigerung 10 % betrage und daher eine Erhöhung um 7,5 % nicht geeignet sei, das Defizit auszugleichen. Zudem seien die Angebote und Leistungen bei der Stadtranderholung entsprechend hoch. Fachbereichsleiterin Fandel führt fort, dass es zuletzt eine Erhöhung im Jahr 2018 um 2,50 Euro gegeben habe und dass eine jährliche Erhöhung um diesen Betrag, im Ergebnis heute einer zehnpromzentigen Steigerung entspräche.

Ratsherr Neuhausen erklärt, dass er die Erhöhung für angemessen halte.

Ratsherr Berthold teilt mit, dass er die Erhöhung moderat finde und man nicht nur fordern könne, sondern dann auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen müsse.

Ratsherr Mocka führt aus, dass der Teilnehmerbeitrag bei sozialen Härten auch reduziert werden könne und stimme der Erhöhung daher insgesamt zu.

Sodann erfolgt bei zwei Enthaltungen die mehrheitliche Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag.

3 Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans - in der Sitzung wird berichtet

Es besteht Einvernehmen darin, dass der Bericht an das Protokoll angehängt werden soll. Frau Rieth von der Verwaltung weist zudem insbesondere darauf hin, dass der Abenteuerspielplatz auch während der Weihnachtsferien geöffnet bleibe.

4 "Jugend entscheidet" - aktueller Stand Vorlage: FB21/0701/2023

Vorsitzende Schoppe führt in die Beratung ein und übergibt an Dezernent Annacker. Dezernent Annacker berichtet, dass Voraussetzung für die Bewerbung bei der Hertie Stiftung war, dass es nicht bereits ein Jugendparlament in der Kommune gebe. Zudem wünsche er sich von den Fraktionen, dass diese jeweils einen Ansprechpartner für das Projekt benennen.

Fachbereichsleiterin Fandel berichtet, dass sie zusammen mit Herrn Johnsen von der mobilen Jugendarbeit an einem Workshop in Berlin teilgenommen hat. Dort seien Vertreter aus 45 Kommunen zusammengekommen. Bei den teilnehmenden Kommunen handele es sich hauptsächlich um kleinere Kommunen mit bis zu einer Größe, die Meerbusch vergleichbar ist. Die Begleitung des Projekts sei durch die Verwaltung sichergestellt. Daher bitte sie nun ebenfalls, Vertreter der Fraktionen für die Begleitung zu benennen.

Ratsherr Neuhausen begrüßt die Initiative und die Beteiligung an dem Projekt, die ohne die seinerzeit ins Leben gerufene mobile Jugendarbeit so nicht hätte stattfinden können.

Ratsherr Fliege begrüßt ebenfalls die Teilnahme an dem Projekt und fragt nach, wie der Stand beim kommunalpolitischen Praktikum sei.

Dezernent Annacker erläutert, dass das kommunalpolitische Praktikum weiterhin durch die VHS angeboten werde; eventuell sei eine Mischung aus „Jugend entscheidet“ und kommunalpolitischem Praktikum möglich.

Ratsherr Fliege lobt die Maßnahme als gelebte Demokratie.

Ratsherr Mocka äußert den Wunsch nach mehr Unterstützung seitens des Rates und der größten Fraktion im Rat auch in Bezug auf W-LAN-Chillzonen

Ratsherr Berthold begrüßt die Initiative ebenfalls und betont, wie wichtig es sei, junge Leute an die Politik heranzuführen. Bezüglich der W-LAN-Chillzonen verweist er darauf, dass Jugendtreffs an Haltestellen ungünstig gelegen seien.

Ratsherr Mocka ergänzt, dass es sich bei dem W-LAN-Chillzonen nicht um Jugendtreffs handeln solle, sondern dass diese dazu dienen, eine höhere Aufenthaltsqualität während der Wartezeiten herzustellen.

Dezernent Annacker erläutert, dass der Fokus darauf gelegt werden sollte, wo sich Jugendliche aufhalten, um Orte für junge Leute zu schaffen.

5 Interessenbekundungsverfahren zur Trägerschaft des Betriebs der Kita an der Fröbelstraße **Vorlage: FB21/1798/2023**

Vorsitzende Schoppe führt in die Beratung ein und übergibt das Wort an Fachbereichsleiterin Fandel.

Fachbereichsleiterin Fandel berichtet, dass von den 6 interessierten Trägern das Deutsche Rote Kreuz Kreisverband Grevenbroich am meisten überzeugte, was insbesondere an dem vorgelegten pädagogischen Konzept, den Punkten Integration und Teilhabe, Inklusion. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen in NRW ab August 2028 in das System der Regelkitas übergehen sollen, ist die Erweiterung eines Betreuungsangebotes im Bereich der Inklusion aus Sicht der Verwaltung besonders gewinnbringend.

Dezernent Annacker ergänzt, dass das Konzept der heilpädagogischen Einrichtung nicht außerhalb der Kita sondern als Krankenkassenleistung sukzessive in die Regelkita übergehen wird.

Fachbereichsleiterin Fandel führt fort, dass als alternativer Träger noch die Caritas Krefeld in Frage käme. Diese betreibe in Meerbusch bereits eine Pflegestation, unterstreiche konzeptionell einen sozial ausgeprägten Ansatz und habe ein inhaltlich passendes pädagogisches Konzept vorgelegt.

Ratsherr Fliege erkundigt sich nach dem Namen des Investors, fragt nach, ob die Stadt als Träger in Frage käme, wie es um die Trägervielfalt bezüglich des heilpädagogischen Ansatzes stehe und ob die Öffnungszeiten der Kita vertraglich vereinbart werden.

Dezernent Annacker führt dazu aus, dass es sich bei dem Investor um die GWG Viersen handele. Was die Öffnungszeiten angehe, ließen sich diese zwar vertraglich regeln. Es bleibe jedoch die Frage offen, inwiefern die Einhaltung vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels dann auch tatsächlich realisierbar sei. Daher sei dies bei der Auswahl der Träger bereits zu berücksichtigen und eher auf Träger zurückzugreifen, mit denen man bereits gute Erfahrung gemacht habe, weil diese personell ausreichend gut aufgestellt seien.

Fachbereichsleiterin Fandel berichtet in Hinblick auf die Frage nach der Trägervielfalt von Interessenbekundungen anderer Trägern, die beispielsweise das Thema Inklusion nicht berücksichtigten oder deren eigene finanzielle Situation zumindest offenbliebe. Zu der Frage, ob die Stadt als Träger in Frage käme, führt Fachbereichsleiterin Fandel aus, dass monetäre Gründe keine ausschlaggebende Rolle bei der Entscheidung gegen die eigene Trägerschaft spielten und dass ein gegenseitiges Ausgleichen durch das städtische Personal vorteilhaft sei. Dezernent Annacker ergänzt, dass so auch die etablierten Träger verfahren und eventuelle Personalengpässe in der einen Einrichtungen durch Personal aus einer anderen Einrichtung ausgleichen.

Ratsherr Mocka begrüßt die Umsetzung der Inklusion und unterstütze daher den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Ratsherr Neuhausen fragt nach ob ein bestimmter Grad der Behinderung Voraussetzung für die Inklusion sei und wo der Unterschied zu der Einrichtung der Lebenshilfe in Lank liege.

Dezernent Annacker führt dazu aus, dass eine inklusive Betreuung in allen Einrichtungen stattfindet. Bei der heilpädagogischen Kita ginge es vielmehr darum, dass auch stark pflegebedürftige Kinder, die beispielsweise auch eine Krankenschwester zur Betreuung bräuchten, in der Kita mitbetreut wer-

den. Diese würde dann im Rahmen der Eingliederungshilfe finanziert werden. Auf einen bestimmten Grad der Behinderung komme es nicht an.

Ratsherr Berthold begrüßt im Sinne der Trägervielfalt, dass das DRK als Träger der Kita zum Zuge kommt.

Jugendamtseleternbeiratsvorsitzender Liersch fragt nach, ob bei der Entscheidung der GWG, als Investor zu fungieren schon klar war, dass eine städtische Trägerschaft nicht in Betracht käme, wann mit dem Umbau begonnen werde und wieviele Plätze dann zur Verfügung stünden.

Dezernent Annacker erklärt, dass die GWG sich bereits frühzeitig entschied auf dem Grundstück eine Kita zu errichten, dass nun zunächst der Abriss bis Ende des Jahres 2023 stattfinde und der Aufbau dann zu Beginn des Jahres 2024 starte und dort 100 Plätze geschaffen werde.

Jugendamtseleternbeiratsvorsitzender Liersch fragt zudem nach, wie der Stand bei der Nierster Kita sei.

Dezernent Annacker berichtet, dass der Abriss im Jahr 2024 stattfinden solle und für den Bau ein Zeitraum von 2 Jahren eingeplant sei.

Ratsherr Möhr berichtet von der eigenen positiven Erfahrung mit der heilpädagogischen Kita und dass sich dadurch auch der Betreuungsschlüssel erhöhe.

Ratsherr Berthold bestätigt die positive Wirkung der Inklusion auch in der Regelschule und merkt an, dass große Träger die Betriebssicherheit auch durch den Austausch des eigenen Personals zwischen den Einrichtungen sicherstellen können.

Sodann erfolgt die einstimmige Abstimmung zu dem Beschlussvorschlag.

6 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich
Vorlage: FB21/1800/2023

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Schule und Sport empfehlen dem Rat der Stadt Meerbusch, die Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich gemäß der anliegenden VII. Änderungssatzung (Anlage 1) zu beschließen.

Die Änderung beinhaltet eine redaktionelle Änderung sowie die Anpassung der Elternbeitragstabelle für die Kindertageseinrichtungen, die Kindertagespflege und die Offene Ganztagschule (Anlage zu § 4 der Satzung) mit Wirkung ab 01.08.2024.

Die Abstimmung wird vertagt auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.03.2024

Vorsitzende Schoppe führt in Beratung ein.

Ratsherr Neuhausen bittet um die Vertagung der Entscheidung bis zur nächsten Sitzung im März 2024. Dabei gehe es nicht um die 7,5 prozentige Steigerung der Beiträge sondern um die Staffelung. Ratsherren Weigele und Berthold befürworten ebenfalls eine Vertagung.

Sodann erfolgt die einstimmige Abstimmung über die Vertagung der Entscheidung auf die Sitzung am 20.03.2024

7 Haushaltsberatung 2024

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushalts 2024 für alle der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse und den Veränderungsvorschlägen der Verwaltung, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

Ratsherr Neuhausen teilt zu Beginn der Beratung mit, dass sich die SPD bei der Abstimmung zum Haushalt insgesamt enthalten werde.

Produkt 050 341 010 Unterhaltsvorschuss

S.408 – 412

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 2024 / Produkt 050 341 010 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

Produkt 060 361 010 Förderung von Kindern in Tagespflege

S. 421 – 429

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 202 / Produkt 060 361 010 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

Produkt 060 362 010 Kinder und Jugendarbeit

S. 430 – 437

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 2024 / Produkt 060 362 010 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

Produkt 060 363 010 Ergänzende und ersetzende Hilfe

S. 438 – 448

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 2024 / 060 363 010 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

**Produkt 060 363 020 Kinder- und Jugendsozialarbeit,
Familienförderung**

S. 449 – 454

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 2024 / 060 363 020 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

Produkt 060 363 030 Gesetzliche Vertretung

S. 455-457

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 2024 / Produkt 060 363 030 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

**Produkt 060 365 010 Förderung von Kindern
in Kindertageseinrichtung**

S. 458 – 483

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 2024 / Produkt 060 365 010 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

Produkt 060 366 010 Einrichtung der Jugendarbeit

S. 484 – 488

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 2024 / Produkt 060 366 010 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

Produkt 060 367 010 Sonstige Einrichtungen zur Förderung junger Menschen und Familien

S. 489 – 494

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 2024 / Produkt 060 367 010 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

Produkt 010 111 080 Serviceleistungen Baubetriebshof

S. 121 – 146

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 2024 / Produkt 010 111 080 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

Produkt 010 111 140 Technisches Gebäudemanagement**S. 175 – 204**

Es liegen keine Änderungsanträge vor. Dem Haushaltsentwurf 2024 / Produkt 010 111 140 wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD			1
FDP	1		
Bündnis 90/Grüne	1		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/ Freie Wähler			
Personen, die von den Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind	4		
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	4		
Gesamt	14		1

Sodann wird dem Haushaltsentwurf 2024 – Teilbereich Jugend – einschließlich der beschlossenen Veränderungen mehrheitlich zugestimmt.

Die Veränderungsliste ist dem Protokoll beigefügt.

8 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

9 Anfragen

Ratsherr Neuhausen fragt nach dem aktuellen Stand der Kitabelegung, insbesondere danach, wie viele Flüchtlinge eine Kita besuchen; nach dem Netzwerk Kinderarmut, der Inanspruchnahme des Jugendtaxis sowie nach der finanziellen Sicherheit der Kita-Träger.

Es besteht Einvernehmen dahingehend, dass die Beantwortung der Fragen zu der Kita-Belegung und dem Netzwerk Kindermut dem Protokoll beigefügt werden.

Bezüglich der finanziellen Sicherheit der Kita-Träger erläutert Dezernent Annacker, dass das Land NRW weiterhin durch die Finanzierung durch das KiBiz sicherstelle und aktuell 100 Mio Euro an

Kindpauschalen bereitgestellt habe, die wiederum durch die Jugendämter an die Beteiligten verteilt würden.

Frau Rieth von der Verwaltung berichtet, dass die Inanspruchnahme des Jugendtaxi während der Corona-Pandemie rückläufig war. Im Jahr 2022 fanden 30 Fahrten mit insgesamt 34 Personen und im Jahr 2023 bisher 24 Fahrten mit insgesamt 25 Personen statt. Das Jugendtaxi würde hauptsächlich von weiblichen Personen in Anspruch genommen.

10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Die Beschlusskontrolle wird zu Kenntnis genommen.

11 Termin der nächsten Sitzung: 05. März 2024, 17:00 Uhr

12 Verschiedenes

Es besteht kein Beratungsbedarf.

Meerbusch, den 04. Januar 2024

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende

Thomas Gnaß
Schriftführer/in